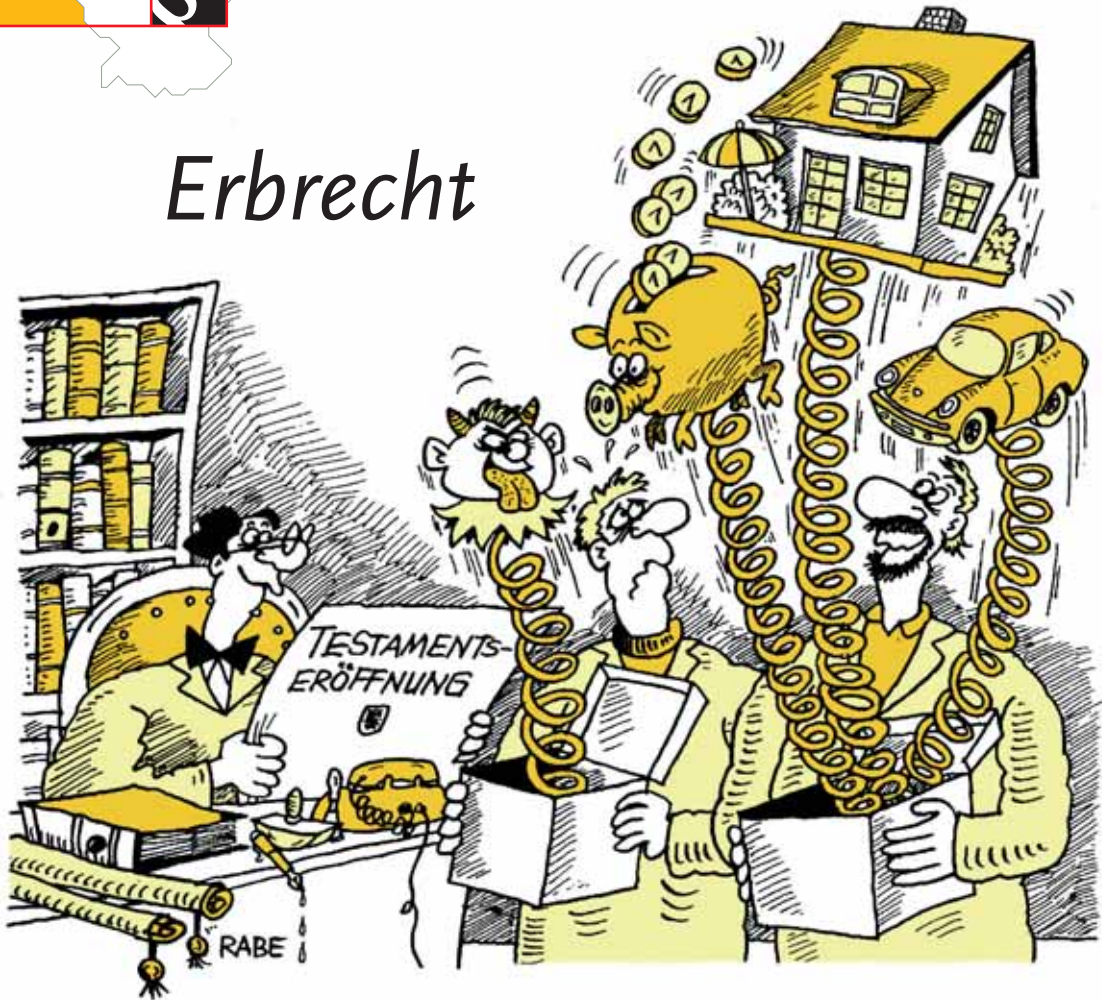




Erbrecht



Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

diese Broschüre gehört zum Informationsprogramm des Thüringer Justizministeriums. Ziel ist es, interessierte Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte und Pflichten zu informieren und diese auch möglichst verständlich zu vermitteln. Das Erbrecht ist eine wichtige Grundlage für die Regelung des Nachlasses und ist letztlich für jeden von Interesse. In dieser Broschüre wird versucht, die wichtigsten Inhalte des Erbrechts darzustellen und auch anhand von Beispielen zu erläutern, welche Regeln gelten und was beispielsweise bei der Erstellung eines Testamentes zu beachten ist.

Wir hoffen, durch diese Veröffentlichung dazu beizutragen, dass es Ihnen gelingt, Ihren Nachlass gut zu regeln und offene Fragen im Bereich Erbrecht beantwortet werden.

Allerdings kann diese Broschüre nur einen groben Überblick verschaffen. Bei Rechtsfragen sollten Sie sich notariell oder anwaltlich beraten lassen.

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Thüringer Justizministerium

Erbrecht

Grundsätzliches	4
Die gesetzliche Erbfolge	5
Wenn kein Testament vorliegt.....	5
Erben erster Ordnung:.....	6
Erben zweiter Ordnung:.....	8
Erben dritter Ordnung:	9
Erben vierter Ordnung:	9
Was erbt der Ehepartner?.....	9
Was erbt der Lebenspartner?	12
Wenn es keine gesetzlichen Erben gibt	12
Soll man seinen „letzten Willen“ äußern?	13
Das Testament.....	13
Was kann man im Testament regeln?	14
Das öffentliche Testament	15
Das eigenhändige Testament	16
Das gemeinschaftliche Testament	17
Der Widerruf eines Testaments	18
Der Erbvertrag.....	19
In DDR-Zeiten errichtete Verfügungen von Todes wegen...	19
Der Pflichtteil	20
Die Erbengemeinschaft	20
Was tun, wenn ein Erbfall eintritt?	21
Wenn der Nachlass aus Schulden besteht	22
Die Erbschaft ausschlagen	23
Die Haftung beschränken	23
Die Erbschaftsteuer	24
Ausländisches Erbrecht	29

Grundsätzliches

Grundsätzlich gilt, dass mit dem Tod eines Menschen eine andere Person die Rechtsnachfolge antritt. Gibt es keine solche Person, tritt der Staat die Rechtsnachfolge an.

Jedem steht es frei, im Rahmen der gesetzlichen Regelungen selbst zu bestimmen, wer sein Erbe sein soll. Liegt eine solche letztwillige Verfügung von Todes wegen vor, spricht man von einer *gewillkürten* Erbfolge. Als solche Verfügungen gelten das Testament, das gemeinschaftliche Testament und der Erbvertrag.

Verzichtet der Erblasser darauf, seine Erben durch eine dieser Verfügungen selbst zu bestimmen, richtet sich das Erbrecht nach den Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Man spricht dann von der *gesetzlichen* Erbfolge.

Gleichgültig, ob eine gewillkürte oder eine gesetzliche Erbfolge vorliegt, kann nur Erbe werden, wer erbfähig ist. Das heißt, dass nur derjenige, der zum Zeitpunkt des Erbfalls noch lebt, erben kann. Dies gilt auch, wenn ein bereits Verstorbener in einem Testament als Erbe benannt ist. Erbfähig ist aber nicht nur der zum Zeitpunkt des Erbfalls lebende Mensch, sondern auch das Kind, das zurzeit des Erbfalls zwar noch nicht lebte, aber bereits gezeugt war.

Neben Menschen können auch die so genannten juristischen Personen, wie z. B. eingetragene Vereine oder auch Kirchen, Erben werden.

Die gesetzliche Erbfolge

Wenn kein Testament vorliegt

Wenn weder ein Testament noch ein Erbvertrag vorliegen, gilt die so genannte gesetzliche Erbfolge. Als gesetzliche Erben kommen grundsätzlich nur Verwandte in Betracht, also Personen, die gemeinsame Eltern, Großeltern, Urgroßeltern oder auch noch entferntere gemeinsame Vorfahren haben. Verschwägerte, wie der Schwiegervater, die Schwiegertochter, die Stiefmutter oder der Stiefsohn sind von der gesetzlichen Erbfolge ausgeschlossen, da sie keine echten Verwandten sind.

Vom Grundsatz der Verwandtenerbfolge gibt es nur **zwei** Ausnahmen.

- ◆ Zum einen ist auch der/die Ehepartner/in bzw. der/die eingetragene Lebenspartner/in gesetzlicher Erbe. Dies gilt allerdings nicht für den geschiedenen Ehepartner und – unter bestimmten Voraussetzungen – für den bereits in Scheidung lebenden Ehegatten; vergleichbare Bestimmungen finden sich auch für eingetragene Lebenspartner.
- ◆ Die zweite Ausnahme gilt Adoptivkindern. Durch die Adoption wird ein umfassendes gesetzliches Verwandtschaftsverhältnis zum Adoptivkind und seinen Verwandten begründet. Dementsprechend sind Adoptivkinder den ehelichen Kindern gleichgestellt, sieht man von einigen Besonderheiten ab, die es bei der Adoption volljähriger Kinder geben kann.

Das Verwandtenerbrecht führt aber nicht dazu, dass alle Verwandten automatisch gesetzliche Erben des Erblassers werden. Das Bürgerliche Gesetzbuch stellt eine Rangfolge auf und teilt die Erben in solche der „ersten Ordnung“ (d.h. bei der Erbfolge an erster Stelle stehende) bis hinab zu Erben der fünften und fernerer Ordnungen ein. Solange noch ein Erbe einer näheren Ordnung vorhanden ist, gehen die Erben der fernerer Ordnung leer aus.

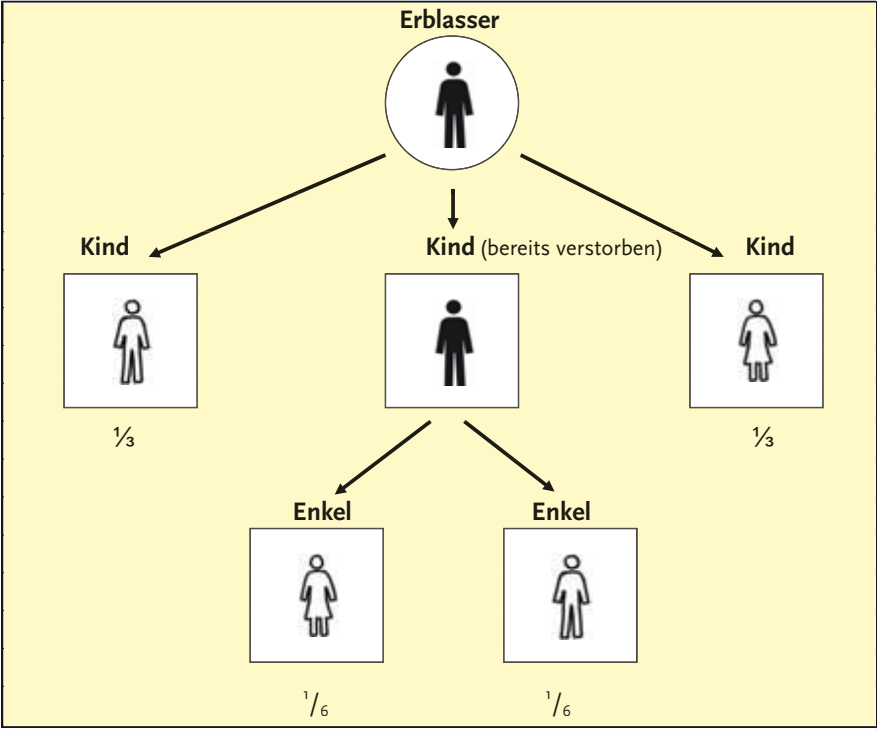
Erben erster Ordnung:

Zu den Erben der ersten Ordnung gehören nur die Abkömmlinge des Verstorbenen. Gemeint sind die Kinder, Enkel, Urenkel usw.

Nichteheliche Kinder gehören zum Kreis der gesetzlichen Erben ihrer Väter und Verwandten väterlicherseits, sofern sie nach dem 30. Juni 1949 geboren worden sind. Ist eine Person vor dem 1. Juli 1949 geboren, kann sie nur dann gesetzlicher Erbe sein, wenn der Erblasser am 2. Oktober 1990 seinen gewöhnlichen Aufenthalt in der DDR hatte. Im Verhältnis zur Mutter hingegen sind für das nichteheliche Kind keinerlei Besonderheiten zu beachten.

Gibt es zumindest eine Person, die zum Zeitpunkt des Erbfalls zu der Gruppe der Erben erster Ordnung gehört, gehen alle weiteren Verwandten automatisch leer aus.

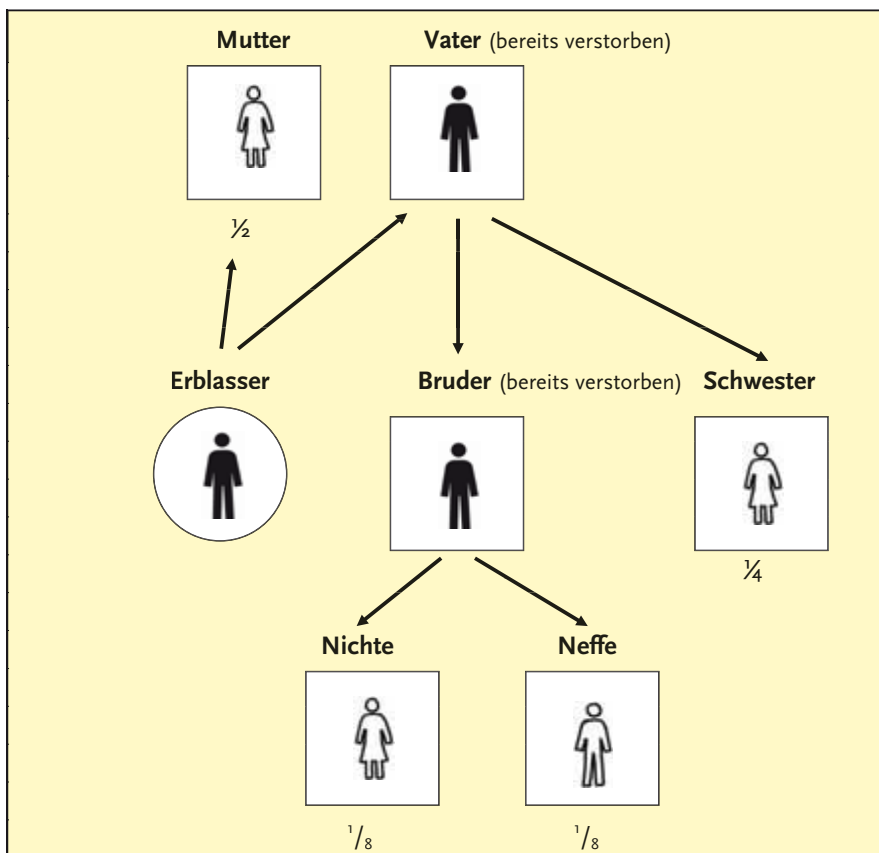
Hat der Erblasser mehrere Kinder, die zum Zeitpunkt des Erbfalls noch leben, so erben sie zu gleichen Teilen. Hat eines dieser Kinder den Erbfall nicht erlebt, weil es vorher verstorben ist, so geht sein Erbanteil auf seine Abkömmlinge über.



Erben zweiter Ordnung:

Erben der zweiten Ordnung sind die Eltern des Verstorbenen und deren Kinder und Kindeskind, also die Geschwister und die Nefen und Nichten des Erblassers sowie deren Abkömmlinge. Diese Verwandten der zweiten Ordnung können nur dann erben, wenn kein Verwandter der ersten Ordnung vorhanden ist.

Auch bei den Erben der zweiten Ordnung gilt, dass die Kinder eines zunächst Erbberechtigten, der den Erbfall aber nicht erlebt hat, den Erbteil dieser Person übernehmen.



Erben dritter Ordnung:

Als Erben dritter Ordnung kommen die Großeltern und deren Kinder und Kindeskindern (Onkel und Tanten, Cousins und Cousins etc.) in Betracht.

Erben vierter Ordnung:

Bei den Erben der vierten Ordnung handelt es sich um die Urgroßeltern und deren Kinder und Kindeskindern. Auch hier richtet sich die Erbfolge im Wesentlichen nach den Regelungen, die für die Erben erster und zweiter Ordnung gelten. Es gilt ebenfalls das Prinzip, dass immer dann, wenn auch nur ein näher mit dem Verstorbenen Verwandter noch am Leben ist, dieser alle möglichen Erben einer ferneren Ordnung ausschließt.

Was erbt der Ehepartner bzw. die Ehepartnerin?

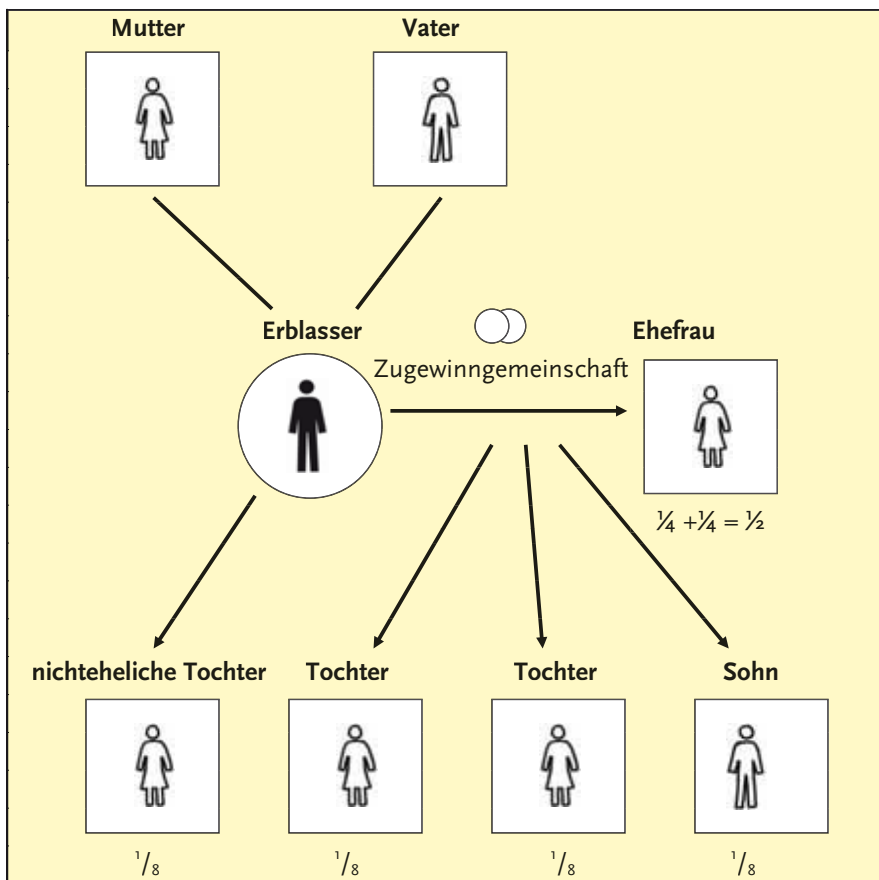
Der Ehepartner fällt nicht unter die oben aufgeführten Ordnungen, da er im Rechtssinn nicht mit dem Erblasser verwandt ist. Dennoch steht ihm ein Erbrecht zu, das sich nach dem so genannten Güterstand bemisst, in dem er mit dem Erblasser lebte.

Soweit die Ehegatten nicht durch Ehevertrag einen anderen Güterstand (Gütertrennung; Gütergemeinschaft) vereinbart haben, gilt für sie der gesetzliche Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft. Dies gilt auch für die Ehen, die vor dem 3. Oktober 1990 in der DDR geschlossen wurden, sofern die Ehegatten nicht bis zum 2. Oktober 1992 gegenüber dem damaligen Kreisgericht erklärt haben, den Güterstand der Eigentums- und Vermögensgemeinschaft beizubehalten.

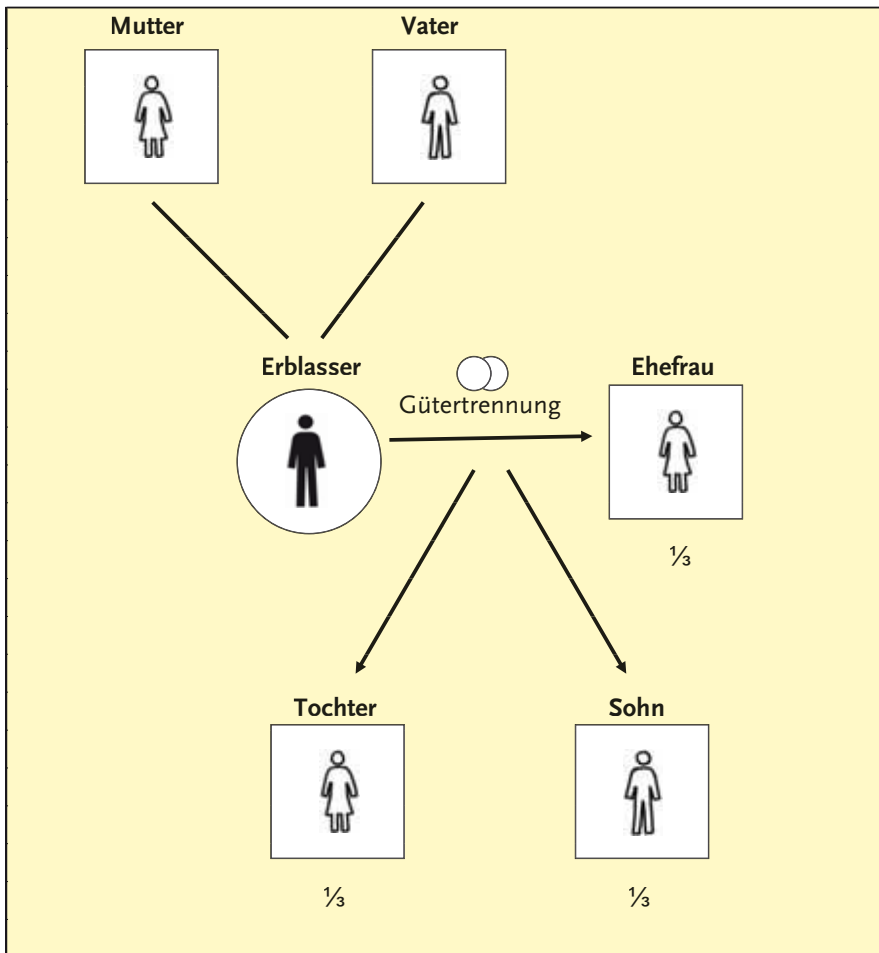
Wird die Ehe durch den Tod beendet, erhält der überlebende Ehegatte, soweit Kinder des Erblassers vorhanden sind, zunächst einmal einen gesetzlichen Erbteil in Höhe von $\frac{1}{4}$. Zudem bekommt der überlebende Ehegatte anstelle eines Zugewinnausgleichs, der im Falle der Scheidung der Ehe hätte durchge-

führt werden müssen, pauschal einen weiteren Erbteil in Höhe von $\frac{1}{4}$, so dass er insgesamt neben Kindern des Erblassers zu $\frac{1}{2}$ Erbe wird. Das zusätzliche Viertel steht ihm unabhängig davon zu, ob er im Falle der Scheidung einen Zugewinnausgleichsanspruch gegenüber seinem Ehegatten gehabt hätte.

Beispiel: Ein Ehemann hinterlässt seine Frau und vier Kinder. Auch seine Eltern und seine Schwester leben noch. Gesetzliche Erben sind hier nur die Ehefrau und die Kinder. Die Eltern sind durch die Kinder ausgeschlossen. Die Ehefrau wird hier zu $\frac{1}{2}$ Erbin ($\frac{1}{4}$ als gesetzliche Erbin neben Verwandten der ersten Ordnung und $\frac{1}{4}$ pauschalierter Zugewinnausgleich.) Die andere Hälfte wird zu gleichen Teilen auf die Kinder aufgeteilt. Jedes Kind erbt $\frac{1}{8}$ des Nachlasses.



Anders ist die Situation, wenn zum Zeitpunkt des Erbfalls Gütertrennung bestand. Hier kann es naturgemäß mangels Zugewinnngemeinschaft keinen pauschalierten Zugewinnausgleich in Höhe von $\frac{1}{4}$ geben. Vielmehr hat der Gesetzgeber für derartige Fälle eine Sonderregelung getroffen. So erhält der Ehegatte einen Erbteil in Höhe von $\frac{1}{2}$, wenn der Erblasser ein Kind hinterlassen hat. Hat er zwei Kinder hinterlassen, wird der überlebende Ehegatte zu $\frac{1}{3}$ Erbe. Hat der Erblasser mehr als zwei Kinder hinterlassen, so erhält der überlebende Ehegatte stets einen Erbteil in Höhe von $\frac{1}{4}$.



Leben die Eheleute im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft und hinterlässt der Erblasser keine Kinder oder Enkel, so ist der überlebende Ehegatte neben Verwandten der zweiten Ordnung, z.B. den Eltern oder den Geschwistern, Erbe zu $\frac{1}{2}$. Hinzu kommt der pauschalierte Zugewinnausgleich, so dass er in diesem Fall insgesamt Erbe zu $\frac{3}{4}$ wird.

Sind weder Verwandte der ersten oder der zweiten Ordnung noch Großeltern vorhanden, so erhält der überlebende Ehegatte die gesamte Erbschaft.

Ist der überlebende Ehegatte neben Verwandten der zweiten Ordnung oder neben Großeltern gesetzlicher Erbe, so erhält er – unabhängig vom Güterstand - neben seinem Erbteil auch die Haushaltsgegenstände und die Hochzeitsgeschenke als sogenanntes Voraus. Ist er hingegen neben Abkömmlingen des Erblassers, also Verwandten der ersten Ordnung, gesetzlicher Erbe, so erhält er sie nur, soweit er sie zur Führung eines angemessenen Haushalts benötigt.

Was erbt der Lebenspartner bzw. die Lebenspartnerin?

Die hier vorgestellten Regelungen gelten für eingetragene Lebenspartner entsprechend. Aufgrund des Lebenspartnerschaftsgesetzes steht dem gleichgeschlechtlichen Partner des Erblassers, mit dem er eine eingetragene Lebenspartnerschaft begründet hat, ein gesetzliches Erbrecht zu, das dem Erbrecht eines Ehegatten entspricht.

Wenn es keine gesetzlichen Erben gibt

Sind keine Verwandten des Erblassers oder ein Ehegatte bzw. eingetragener Lebenspartner vorhanden, wird der Staat gesetzlicher Erbe.

Soll man seinen „letzten Willen“ äußern?

Möchten Sie ihr Vermögen jemandem hinterlassen, der nicht zum Kreis der gesetzlichen Erben zählt, z.B. dem nichtehelichen Partner, oder haben Sie bestimmte Vorstellungen darüber, wer einzelne Vermögensgegenstände erhalten soll, so gibt es verschiedene Möglichkeiten, die Verteilung Ihres Nachlasses zu regeln. Sie können ein Testament, ein gemeinschaftliches Testament oder einen Erbvertrag abschließen. In den meisten Fällen wird dem Testament der Vorzug gegeben, da es jederzeit veränderbar ist.

Mit der Errichtung eines Testaments können Sie zudem unliebsame Überraschungen ausschließen. Denn ohne ein Testament würde beispielsweise der Ehe- bzw. Lebenspartner aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Erbfolge nicht mehr als $\frac{3}{4}$ des Nachlasses erben, solange z.B. noch ein Neffe oder eine Nichte von Ihnen lebt.

Das Testament

Jeder, der das 16. Lebensjahr vollendet hat, kann ein Testament verfassen, es sei denn, es liegen schwerwiegende psychische Störungen oder geistige Behinderungen vor. Wer unter 18 Jahre alt ist, kann sein Testament allerdings nur bei einem Notar errichten.

In einem Testament können Sie regeln, wer Erbe werden soll. Sie können aber z.B. auch Enterbungen vornehmen, Vermächtnisse aussetzen und Auflagen festlegen. Zudem können in einem Testament Teilungsanordnungen getroffen oder ein Testamentsvollstrecker benannt werden.

Die Errichtung eines Testaments ist ein höchstpersönlicher Akt. Deshalb kann sich der Erblasser bei der Errichtung des Testaments nicht durch einen anderen vertreten lassen oder eine andere Person beauftragen, seinerseits den Erben zu bestimmen.

Es gibt – sieht man von extremen Ausnahmefällen ab – grundsätzlich zwei Arten, wie ein Testament erstellt werden kann. Zum einen kann es vor einem Notar errichtet werden. Zum anderen besteht die Möglichkeit, ein eigenhändiges Testament zu verfassen.

Beide Testamentsformen sind gleichwertig. Bei einem eigenhändigen Testament besteht allerdings die Gefahr, dass man aus Unkenntnis unwirksame oder steuerlich nachteilige Verfügungen trifft oder sein Testament nicht so eindeutig formuliert, dass wirklich klar ist, wer Erbe werden soll.

Was kann man im Testament regeln?

In einem Testament kann man grundsätzlich völlig frei bestimmen, wer was unter welchen Umständen aus Ihrem Vermögen bekommen soll. Sie können

- ◆ abweichend von der gesetzlichen Erbfolge einen oder mehrere Erben bestimmen. Sie können auf diesem Weg beispielsweise auch eine wohl-tätige Organisation oder eine Kirche zum Erben machen.
- ◆ jemanden enterben. Allerdings können Sie nur in ganz seltenen Ausnahmefällen einem pflichtteilsberechtigten gesetzlichen Erben den Pflichtteil entziehen. Haben Sie das vor, sollten Sie sich notariell oder anwaltlich beraten lassen.
- ◆ einen Ersatzerben bestimmen, z.B. für den Fall, dass die zum Erben bestimmte Person vor Ihnen stirbt.
- ◆ Vor- und Nacherben bestimmen, die dann zeitlich nacheinander Erben des Vermögens werden.
- ◆ bei mehreren Erben bestimmen, wie der Nachlass geteilt werden soll.

- ◆ auch die Teilung des Nachlasses ganz oder teilweise für bestimmte Zeit ausschließen, um z.B. einen Familienbetrieb zu erhalten.
- ◆ Vermächtnisse aussetzen, z.B. einzelne Nachlassgegenstände oder bestimmte Geldbeträge bestimmten Personengruppen zuwenden.
- ◆ Einen Testamentvollstrecker ernennen, der die Anordnungen Ihres Testaments ausführt.
- ◆ Auflagen anordnen, das heißt z.B. den Erben oder Vermächtnisnehmer zur Grabpflege oder zur Versorgung eines Haustiers des Erblassers zu verpflichten.

Das öffentliche Testament

Insbesondere dann, wenn Grundstücke, Unternehmen oder große Vermögen zu verteilen sind, ist ein öffentliches Testament ratsam. Dafür muss ein Notar hinzugezogen werden. Vor dem Notar kann der Erblasser entweder seinen letzten Willen erklären oder dem Notar ein Schriftstück übergeben, das den letzten Willen enthält. Der Erblasser kann diese schriftliche Erklärung offen oder verschlossen übergeben. Sie braucht im Übrigen nicht von ihm selbst geschrieben zu sein.

Um das Testament notariell beurkunden zu lassen, fallen Gebühren an, die sich nach dem Wert des zu vererbenden Vermögens bemessen. Angesichts dessen, was auf dem Spiel steht, sollte man sich davon aber nicht abschrecken lassen.

Wert des Vermögens	Gebühr
5.000 €	42 €
20.000 €	72 €
50.000 €	132 €
100.000 €	207 €

Bei der Beurkundung eines Erbvertrages oder eines gemeinschaftlichen Testaments fallen die doppelten Gebühren an.

Ein notarielles Testament wird immer amtlich verwahrt. Für diese amtliche Verwahrung ist zusätzlich noch einmal $\frac{1}{4}$ dieser Gebühr zu entrichten.

Das eigenhändige Testament

Beim eigenhändigen Testament sind dagegen zahlreiche Formalien zu beachten, deren Nichteinhaltung das Testament ungültig macht. So muss die gesamte Niederschrift des Testaments eigenhändig, das heißt handschriftlich durch den Erblasser erfolgen. Zudem muss der Erblasser dieses Testament unterschreiben. Die Unterschrift umfasst dabei den Vornamen und den Nachnamen und muss das Testament abschließen. Zudem ist es ratsam, im handschriftlichen Testament anzugeben, wann und wo dieses verfasst wurde. Um zu vermeiden, dass ein solches Testament verloren geht, kann man es in amtliche Verwahrung geben. Der Erblasser übergibt das Testament dem Amtsgericht (Nachlassgericht) und erhält einen Hinterlegungsschein. Nach seinem Tode wird dieses Testament vom Nachlassgericht von Amts wegen eröffnet. Die Hinterlegung ist gebührenpflichtig.

Testament

*Hiermit setze ich meinen Sohn Thomas
Müller zum alleinigen Erben meines
gesamten Vermögens ein.*

*Erfurt, den 20. August 2006
Gisela Müller, geb. Heinze*

Wer – aus welchen Gründen auch immer – nicht lesen kann, kann kein handschriftliches Testament verfassen. Er kann ausschließlich ein notarielles Testament errichten.

Das gemeinschaftliche Testament

Anstelle von zwei gesonderten Einzeltestamenten können Ehegatten und eingetragene Lebenspartner auch ein gemeinschaftliches Testament errichten. Dies ist sowohl als notarielles Testament als auch als eigenhändiges Testament möglich. Bei einem gemeinschaftlichen eigenhändigen Testament genügt es, wenn einer der Ehegatten das Testament handschriftlich verfasst und der andere Ehegatte die gemeinsame Erklärung ebenfalls eigenhändig unterzeichnet. Dabei soll derjenige, der das Testament nur unterzeichnet, angeben, wann und wo er dies getan hat.

Testament

Wir, die Eheleute Michael und Gisela Müller, geb. Heinze, setzen uns gegenseitig zum Alleinerben unseres gesamten Nachlasses ein. Erbe des Letztverstorbenen soll unser Sohn Thomas Müller sein.

*Erfurt, den 20. August 2006 Gisela Müller, geb. Heinze
Erfurt, den 20. August 2006 Michael Müller*

Der Widerruf eines Testaments

Wer ein *Einzeltestament* verfasst hat, kann dieses jederzeit abändern oder widerrufen. Er kann in einem neuen Testament das frühere aufheben. Er kann auch ein neues Testament errichten, das inhaltlich im Widerspruch zu dem früheren Testament steht. Man kann das Testament auch vernichten oder durch Streichungen deutlich machen, dass es nicht mehr gelten soll. Dabei sollte aber bedacht werden, dass es nach dem Erbfall zu Streitigkeiten darum kommen könnte, ob die Streichungen tatsächlich vom Erblasser stammen. Schließlich kann ein notariell errichtetes Testament auch dadurch widerrufen werden, dass es aus der amtlichen Verwahrung zurückgenommen wird.

Bei einem *gemeinschaftlichen Testament* ist eine solche freie Widerrufbarkeit nicht ohne weiteres gegeben, wenn das Testament wechselbezügliche Verfügungen enthält. Errichten die Ehegatten ein gemeinschaftliches Testament so, dass die Verfügung des einen Ehegatten nicht ohne die Verfügung des anderen Ehegatten getroffen worden wäre, dann kann der eine Ehegatte seine Verfügung nur dadurch aufheben, dass er eine entsprechende notariell beurkundete Erklärung dem anderen Ehegatten übergibt.

Diese Möglichkeit besteht aber nicht mehr, wenn der andere Ehegatte bereits verstorben ist. In diesem Fall kann der überlebende Ehegatte seine letztwillige Verfügung nur dann noch aufheben, wenn er das ihm vom Verstorbenen im Testament Zugewendete ausschlägt. Hat er dies nicht getan, sondern die Zuwendung, die ihm in dem gemeinschaftlichen Testament versprochen war, angenommen, so kann er seine eigenen im gemeinschaftlichen Testament enthaltenen Verfügungen grundsätzlich nicht mehr widerrufen. Dies dient dem Schutz des anderen – mittlerweile verstorbenen – Ehegatten, der nach seinem Tod nicht mehr die Möglichkeit hat, seinen letzten Willen zu äußern.

Der Erbvertrag

Es gibt Fälle, in denen sich der Erblasser bereits zu Lebzeiten verpflichten will, seinen Nachlass oder einen Teil davon einer bestimmten Person zu vermachen. In diesem Fall kommt der Abschluss eines Erbvertrages in Betracht. Die damit verbundene erbrechtliche Bindung hat für die Begünstigten große Vorteile. Denn anders als beim Testament, das widerrufen werden kann, kann der Erblasser beim Erbvertrag grundsätzlich seinen letzten Willen nicht einseitig wieder ändern. Dieser Vertrauenstatbestand hat z. B. für die Begünstigten, die in dem Geschäft des Erblassers mitarbeiten und den Betrieb später im Wege der Erbfolge übernehmen sollen, den Vorteil, dass sie darauf vertrauen können, tatsächlich später Rechtsnachfolger zu werden.

Ein Erbvertrag wird mit einer oder mehreren anderen Personen geschlossen. Er kann nur vor einem Notar errichtet werden. Der Erbvertrag führt zu einer vertraglichen Bindung an die darin getroffenen Verfügungen. Von den entsprechenden Bindungen kann sich der Erblasser nur in ganz besonderen Ausnahmefällen wieder lösen. Änderungen müssen zwischen den Vertragsparteien vereinbart und ebenfalls notariell beurkundet werden. Auch nach Abschluss eines Erbvertrages darf der Erblasser über sein Vermögen verfügen, allerdings darf er keine Schenkungen in der Absicht vornehmen, den Vertragspartner zu benachteiligen.

In DDR-Zeiten errichtete Verfügungen von Todes wegen

Die Errichtung einer letztwilligen Verfügung, die vor dem 3. Oktober 1990 in der ehemaligen DDR erfolgt ist, richtet sich nach dem früheren Erbrecht der DDR. Das gleiche gilt für die Aufhebung einer solchen letztwilligen Verfügung vor dem 3. Oktober 1990 und für die Bindung des Erblassers bei einem gemeinschaftlichen Testament, das zu DDR-Zeiten errichtet worden ist.

Der Pflichtteil

Jeder kann seine Erben frei aussuchen und diese in einer letztwilligen Verfügung begünstigen. Bestimmte Personen können jedoch von einer Beteiligung an der Erbschaft nicht vollständig ausgeschlossen werden. Zum Schutze ganz enger Verwandter und des Ehegatten bzw. des eingetragenen Lebenspartners gilt das so genannte Pflichtteilsrecht. Dieses steht Abkömmlingen des Erblassers, seinen Eltern und seinem Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner zu. Wäre eine dieser Personen nach der gesetzlichen Erbfolge zum Erben berufen, ist sie aber aufgrund der letztwilligen Verfügung enterbt worden, dann erhält sie den Pflichtteil. Der Pflichtteilsberechtigte kann ihn vom Erben beanspruchen. Es handelt sich um einen Geldbetrag in Höhe des Wertes des halben gesetzlichen Erbteils.

Beispiel: Der Erblasser hinterlässt eine Ehefrau sowie seine beiden Töchter Sophie und Paula. In seinem Testament hat er seine Frau und Sophie zu gleichen Teilen als Erben eingesetzt. Paula soll nichts erhalten. Sein Vermögen beträgt 200.000 Euro. Paula erhält nun einen Pflichtteil in Höhe von 25.000 Euro, da sie bei gesetzlicher Erbfolge ein Viertel, also 50.000 Euro geerbt hätte.

Die Erbengemeinschaft

Oftmals wird nicht eine einzelne Person Alleinerbe, sondern es erben aufgrund gewillkürter Erbfolge oder gesetzlicher Erbfolge mehrere Personen. Das heißt, der Nachlass steht den Erben gemeinschaftlich zu. Man spricht dann von einer Erbengemeinschaft.

Sind Miterben vorhanden, rücken sie gemeinsam in die Rechtstellung des Erblassers ein. Jeder Miterbe ist zu einem Bruchteil am Nachlass beteiligt; jeder ist Miteigentümer des Nachlasses. Kein Miterbe kann über einen einzelnen Gegenstand allein verfügen, sondern muss hierfür das Einvernehmen mit seinen Miterben herbeiführen. Der Erblasser kann allerdings in einer letztwilligen Verfügung durch Teilungsanordnungen Vorgaben machen.

Eine gemeinschaftliche Verwaltung eines Nachlasses ist nicht immer problemlos. Wenn die Erben diesen Zustand beenden wollen, müssen sie eine so genannte Erbauseinandersetzung vornehmen.

Was tun, wenn ein Erbfall eintritt?

Ist ein Todesfall eingetreten, so stehen zunächst viele Formalitäten an, das heißt Benachrichtigung eines Arztes, Beauftragung eines Beerdigungsinstitutes, Anzeige des Todes beim Standesamt (spätestens am folgenden Werktag) und vieles mehr. Meist stellt sich danach für die Angehörigen und die Erben die Frage, was als erstes im Hinblick auf das Vermögen des Verstorbenen bzw. den Nachlass zu tun ist.

Wenn Sie als Angehöriger wissen, dass der Verstorbene beim Nachlassgericht (Amtsgericht) ein Testament hinterlegt hat, müssen Sie das Amtsgericht nur über das Ableben informieren, am besten durch die Übersendung der Sterbeurkunde. Sobald das Nachlassgericht vom Tod des Erblassers Kenntnis hat, wird es ein dort aufbewahrtes Testament eröffnen. Das geschieht, indem allen Beteiligten das Testament in Abschrift oder Ablichtung bekannt gegeben wird. Diese Abschrift ist wichtig für die Erben bei den weiteren Schritten. Wenn der Inhalt des Testaments eindeutig ist, werden Banken oder Versicherungen häufig Auszahlungen an die Erben schon nach Vorlage einer beglaubigten Abschrift des Testaments vornehmen. Ein Erbschein braucht in diesem Fall nicht beantragt werden.

Häufig werden Testamente aber privat aufbewahrt. Wer das Testament besitzt oder findet, ist verpflichtet, dieses Dokument unverzüglich an das Nachlassgericht abzuliefern. Nachlassgericht ist dasjenige Amtsgericht, in dessen Bezirk der Verstorbene zuletzt seinen Wohnsitz hatte.

Auch dieses Testament wird eröffnet. Meist ist es bei privatschriftlichen Testamenten nur mit einem Erbschein möglich, über das Erbe zu verfügen. Dieser Erbschein wird auf Antrag eines Erben oder eines Miterben vom Nach-

lassgericht erteilt und kann dann entsprechenden Stellen vorgelegt werden. Der Erbschein dokumentiert die Erbenstellung der betreffenden Person. Mit dem Erbschein kann der Erbe seinen Geschäftspartnern gegenüber nachweisen, dass er Erbe ist.

Oftmals ist es gar nicht notwendig, einen Erbschein zu bekommen. Beispielsweise kann das Grundbuch berichtigt oder auch ein Vollstreckungstitel umgeschrieben werden, wenn sich die Erbfolge aus einem notariellen Testament und der Eröffnungsniederschrift ergibt. Deshalb sollte sich der Erbe stets genau im Voraus überlegen, ob er einen Erbschein benötigt, denn für die Erteilung des Erbscheins fallen Gebühren an.

Wenn der Nachlass aus Schulden besteht

Häufig wird mit einem Erbfall zunächst nur die Vorstellung verbunden, dass das Vermögen des Erben infolge des Erbfalls vermehrt wird. Das muss nicht so sein. Der Rechtsnachfolger erbt nicht nur das Vermögen, sondern auch die Schulden des Erblassers. Hat der Verstorbene Verbindlichkeiten hinterlassen, so muss der Erbe dafür genauso einstehen, als wenn er selbst diese Schulden gemacht hätte. Der Erbe ist auch verpflichtet, die Erbfallsschulden zu begleichen. Das sind beispielsweise die Beerdigungskosten, die Erbschaftsteuer oder auch der Zugewinnausgleichsanspruch des überlebenden Ehegatten, der nicht Erbe geworden ist. Zu den Nachlassverbindlichkeiten gehören auch die Erbschaftsverwaltungsschulden. Das sind Verwaltungskosten, die z.B. durch die Testamentseröffnung entstanden sind oder auch, weil ein Dritter den Nachlass verwaltet hat.

Grundsätzlich haftet der Erbe für die Nachlassverbindlichkeiten unbeschränkt mit seinem Gesamtvermögen. Es gibt aber Möglichkeiten der Haftungsbegrenzung.

Die Erbschaft ausschlagen

Zum einen kann der Erbe die Erbschaft ausschlagen. Eine Erbausschlagung muss grundsätzlich binnen sechs Wochen, nachdem der Erbe Kenntnis vom Anfall der Erbschaft erlangt hat, dem Nachlassgericht gegenüber erklärt werden. Dies geschieht entweder durch Niederschrift bei Gericht oder in öffentlich beglaubigter Form. Dafür genügt ein Brief, wobei die Unterschrift notariell beglaubigt sein muss. Die Ausschlagung der Erbschaft ist in der Regel bindend, ebenso die Annahme.

Die Haftung beschränken

Ist man sich innerhalb der Frist von sechs Wochen nicht darüber klar geworden, ob die Erbschaft wirklich überschuldet ist, kann man die Haftung für die geerbten Schulden auf die so genannte Erbmasse beschränken. Das heißt, eventuelle Gläubiger, denen die verstorbene Person noch etwas schuldet, können sich zwar mit ihren Forderungen an die Erbmasse halten, das Vermögen des Erben bleibt aber vor fremdem Zugriff gesichert. Diese Haftungsbeschränkung kann man erreichen, indem man eine Nachlassverwaltung oder ein Nachlassinsolvenzverfahren beim Amtsgericht beantragt. Der Erbnehmer darf in dieser Zeit kein Erbstück verkaufen oder verbrauchen. Was übrig bleibt, wenn alle Schulden beglichen sind, steht dem Erben zu.

Genügt der Nachlass nicht einmal für die entstehenden Kosten der Nachlassverwaltung oder das Nachlassinsolvenzverfahren, gibt es noch eine andere Möglichkeit, eine Haftungsbeschränkung zu erreichen. Macht ein Gläubiger Ansprüche geltend, kann man sich auf die Dürftigkeit des Nachlasses berufen. Die Erfüllung der Nachlassverbindlichkeiten kann insoweit verweigert werden, als der Nachlass nicht ausreicht. Der vorhandene Nachlass muss allerdings an die Gläubiger verteilt werden.

Will man nur vermeiden, mit Schulden konfrontiert zu werden, mit denen man nicht gerechnet hat, so genügt es, ein so genanntes Aufgebotsverfahren einzuleiten. Das heißt, man beantragt beim Nachlassgericht, alle Gläubiger

des Erblassers aufzufordern, dem Gericht innerhalb einer bestimmten Frist mitzuteilen, was ihnen der Erblasser noch schuldet. Versäumt es ein Gläubiger, seine Forderungen rechtzeitig anzumelden, so muss er sich mit dem begnügen, was am Ende von der Erbschaft noch übrig ist. Das Aufgebotsverfahren kann zudem Klarheit verschaffen, ob Anlass besteht, die Erbschaft in amtliche Verwaltung nehmen zu lassen.

Die Erbschaftsteuer

Nach einem Erbfall kann Erbschaftsteuer anfallen. Ob und wie hoch die Erbschaftsteuer ist, richtet sich nach dem Wert der Erbschaft und dem Verwandtschaftsverhältnis der Erben zum Erblasser. Mit Wirkung vom 1. Januar 2009 trat die Reform des Erbschafts- und Schenkungsrechts in Kraft, die die frühere Rechtsgrundlage verändert hat.

Erbschaftsteuern müssen auf den Netto-Wert des geerbten Vermögens gezahlt werden abzüglich von Freibeträgen. Die Bewertung aller Vermögensarten orientiert sich am so genannten Verkehrswert.

Die Erbschaftsteuer wird in Klassen erhoben:

Steuerklasse I	gilt für den Ehegatten, die Kinder (eheliche und nichteheliche Kinder) Adoptivkinder, Stiefkinder (nicht jedoch Pflegekinder), Enkelkinder und deren Abkömmlinge sowie für Eltern und Großeltern nur bei Erwerb von Todes wegen
Steuerklasse II	gilt für Eltern und Großeltern bei Erwerben unter Lebenden, Geschwister (auch Halbgeschwister), Geschwisterkinder, Stiefeltern, Schwiegerkinder, Schwiegereltern und den geschiedenen Ehegatten
Steuerklasse III	gilt für alle übrigen Erwerber (z.B. auch eingetragene Lebenspartner/in)

Für die Ermittlung der Erbschaftsteuer ist es wichtig, den Nachlass richtig zu bewerten. Die steuerliche Bewertung des Grundvermögens erfolgt daher in enger Anlehnung an die anerkannten Vorschriften zur Verkehrswertermittlung von Grundstücken auf der Grundlage des Baugesetzbuches.

Unbebaute Grundstücke: Der Grundbesitzwert unbebauter Grundstücke wird nach den so genannten Bodenrichtwerten bemessen. Weichen die lagetypischen Merkmale des Grundstücks von denen des Bodenrichtwertgrundstücks ab, wird aus dem Bodenrichtwert zunächst ein Bodenwert je Quadratmeter abgeleitet. Die Multiplikation dieses Bodenwerts mit der Quadratmeterzahl des Grundstücks ergibt den Grundbesitzwert.

Bebaute Grundstücke: Der Grundbesitzwert für bebaute Grundstücke wird in Abhängigkeit von der Grundstücksart entweder im Vergleichswert-, Ertragswert- oder Sachwertverfahren ermittelt.

Vergleichswertverfahren: Dieses Verfahren wird bei der Bewertung von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Wohnungs- und Teileigentum zugrunde gelegt. Ermittelt wird der Grundstückswert anhand von Preisen für vergleichbare Grundstücke oder anhand von Vergleichsfaktoren.

Ertragswertverfahren: Dieses Verfahren wird für die Bewertung von Mietwohngrundstücken sowie von Geschäftsgrundstücken und gemischt genutzten Grundstücken eingesetzt. Zur Ermittlung des Grundbesitzwertes wird neben dem Bodenwert ein Gebäudeertragswert erfasst. Dieser wird ausgehend von den Einnahmen, die beispielweise durch Mieten erzielt werden, ermittelt.

Sachwertverfahren: Dieses Verfahren wird bei den sonstigen bebauten Grundstücken eingesetzt. Das heißt bei Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Wohnungs- und Teileigentum, wenn keine Vergleichswerte vorliegen sowie bei Geschäftsgrundstücken und gemischt genutzten Grundstücken, wenn keine ortsübliche Miete ermittelbar ist. In diesem Verfahren wird der Wert des Grundbesitzes ausgehend von den Herstellungskosten der auf dem Grundstück vorhandenen Gebäude und Anlagen sowie dem Bodenwert ermittelt.

Besonderheiten bei der Bewertung gibt es zudem bei land- und forstwirtschaftlichem Vermögen. Bei der Bewertung nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften bzw. bei Betriebsvermögen wird ein an den Ertragsaussichten des Unternehmens orientiertes Verfahren herangezogen.

Wer Betriebsvermögen oder Anteile an Kapitalgesellschaften (wenn der Erblasser zu mehr als 25 Prozent unmittelbar beteiligt war) sowie land- und forstwirtschaftliches Vermögen erbt, kann bei Fortführung der Unternehmung mit Steuervergünstigungen rechnen. Folgende Möglichkeiten sind vorgesehen:

- Wenn der Erbe für das Unternehmensvermögen eine Verschonung von 85 Prozent in Anspruch nimmt, muss er das Unternehmen sieben Jahre lang – auch unter Einhaltung bestimmter Lohnsummenvorgaben - fortführen. Der Anteil des Verwaltungsvermögens (zum Beispiel an Dritte überlassene Grundstücke) darf dabei nicht mehr als 50 Prozent betragen. Kleine und mittlere Unternehmen profitieren bei dieser Variante zusätzlich von einem gleitenden Abzugsbetrag von 150 000 Euro. Insgesamt wird dadurch sicher gestellt, dass Unternehmensvermögen im Gesamtwert bis zu einer Million Euro unbesteuert bleibt.
- Wenn der Erbe für das geerbte Unternehmensvermögen 100 Prozent steuerfrei bleiben möchte, muss er das Unternehmen zehn Jahre lang fortführen und dabei eine höhere Lohnsummenvorgabe erfüllen. Der Anteil des Verwaltungsvermögens darf in diesem Fall nicht mehr als zehn Prozent betragen.

Kosten für die Bestattung und die Regelung des Nachlasses

Kosten für die Beerdigung, ein Grabmal, die Grabpflege, die Auslagen einer Testamentseröffnung, eines Erbscheins u. ä. können ohne Nachweis mit einem Pauschalbetrag von 10.300 Euro als Nachlassverbindlichkeit abgezogen werden. Höhere Kosten sind abzugsfähig, wenn sie nachgewiesen werden.

Zudem muss berücksichtigt werden, dass vom Wert des ererbten Vermögens möglicherweise bestimmte Freibeträge abgezogen werden können, die zu einer deutlich geringeren oder gar zu einem Wegfall der Steuerschuld führen können.

Freibeträge für Erben

Jedem Erben steht ein persönlicher Freibetrag zu.

Er beträgt:

- 500.000 Euro für den Ehepartner oder die Ehepartnerin bzw. den eingetragenen Lebenspartner oder die eingetragene Lebenspartnerin
- 400.000 Euro für ein Kind sowie ein Enkelkind, das anstelle eines verstorbenen Kindes erbt
- 200.000 Euro für Enkelkinder
- 100.000 Euro für die übrigen Personen der Steuerklasse I
- 20.000 Euro für Personen der Steuerklasse II
- 20.000 Euro für Personen der Steuerklasse III

Dem überlebenden Ehepartner und Kindern unter 27 Jahren wird zusätzlich ein besonderer Versorgungsfreibetrag gewährt. Dieser beträgt

- für den überlebenden Ehepartner bzw. die überlebende Ehepartnerin 256.000 Euro
- für die Kinder je nach ihrem Alter zwischen 10.300 Euro und 52.000 Euro.

Werden aus Anlass des Todes an diese Hinterbliebenen Versorgungsbezüge gezahlt, die nicht der Erbschaftsteuer unterliegen, z.B. Renten aus der Sozialversicherung, Beamtenpensionen, betriebliche oder berufsständische Versorgungsbezüge, so mindern diese den Versorgungsfreibetrag mit ihrem Kapitalwert.

Neben diesen Freibeträgen gibt es noch einige andere Steuerbefreiungen, insbesondere für den Erwerb von Hausrat. Jede Person der Steuerklasse I sowie auch jede/r eingetragene Lebenspartner/in kann Hausrat im Wert von 41.000 Euro steuerfrei erben. Für andere bewegliche körperliche Gegenstände z.B. Kunstgemälde, PKW, Schmuck etc. gilt für die Personen der Steuerklasse I ein Freibetrag von 12.000 Euro.

Jede Person der Steuerklassen II und III erhält für Hausrat und andere Gegenstände einen zusammengefassten Freibetrag von 12.000 Euro. Die Befreiung gilt nicht für Zahlungsmittel, Wertpapiere, Münzen, Edelmetalle, Edelsteine und Perlen.

Damit alle Freibeträge für einen Zeitraum von 10 Jahren nur einmal in Anspruch genommen werden können, werden alle Schenkungen, die ein Erwerber innerhalb der letzten 10 Jahre vom Erblasser erhalten hat, dem Erwerb von Todes wegen hinzugerechnet. Dies erfolgt unter Anrechnung der Steuer, die für die Schenkung zu entrichten war bzw. zu zahlen wäre.

Zwischen den Ehegatten bzw. eingetragenen Lebenspartnern bleibt außerdem der Erwerb einer Wohnung in einem Haus oder einer Eigentumswohnung steuerfrei, wenn sie zu eigenen Wohnzwecken genutzt wird. Auch Kinder erben ein Familienheim, bis zu einer Wohnfläche von 200 Quadratmetern steuerfrei. Voraussetzung ist in allen Fällen, das der Erbe zehn Jahre lang nach dem Erbantritt das Familienheim zu Wohnzwecken nutzt. Wird das Familienheim in dieser Zeit verkauft oder vermietet, entfällt die Steuerbefreiung rückwirkend.

Wegen des sehr schwierigen und komplexen Erbschaftsteuerrechts wird im Zweifelsfall empfohlen, eine steuerrechtliche Beratung in Anspruch zu nehmen.

Ausländisches Erbrecht

Die Informationen in dieser Broschüre betreffen ausschließlich das in der Bundesrepublik Deutschland gültige Erbrecht. Sind Personen betroffen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, ist dementsprechend zu prüfen, ob und mit welchen Regelungen ausländisches Recht eingreift. Gleiches gilt, wenn einem deutschen Staatsangehörigen Vermögen, z.B. Grundbesitz, im Ausland gehört. In solchen Fällen sollte man sich über die geltende Rechtslage fachkundig beraten lassen.

Diese Druckschrift wird vom Thüringer Justizministerium im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder zu kommerziellen Zwecken noch zu Zwecken der persönlichen oder parteipolitischen Werbung verwendet werden. Dies gilt insbesondere für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeber: Thüringer Justizministerium
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

Layout/Druck: Justizvollzugsanstalt Hohenleuben
Eigenbetrieb Druckerei

Cartoon: Rabe Karikatur,
Ralf Böhme, Bad Liebenstein

Bezug: Tel.: 0361 / 37 95-840/-861
Fax: 0361 / 37 95-848
e-mail: presse@tjm.thueringen.de
Internet: www.thueringen.de/de/justiz